

# **dieDatenschützer Rhein Main**

## **- keine Untaten mit Bürgerdaten -**

E-Mail: [kontakt@ddrm.de](mailto:kontakt@ddrm.de) - Internet: <http://ddrm.de/>

Frankfurt, den 30.08.2015

An die  
Redaktionen der Medien  
in Hessen

### Presseinformation

**Datenschützer Rhein Main regen Erstellung und Veröffentlichung eines öffentlich einsehbaren Verzeichnisses aller Videoüberwachungsanlagen an, die von der hessischen Polizei betrieben werden**

Mit Schreiben vom 30.08.2015 hat die Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** gegenüber dem Hessischen Innenminister Peter Beuth angeregt, dass er die Erstellung und Veröffentlichung eines Verzeichnisses aller Videoüberwachungsanlagen, die von der hessischen Polizei betrieben werden, in Auftrag gibt. Nach der Erstellung soll dieses Verzeichnis für Jedermann öffentlich einsehbar sein und regelmäßig aktualisiert werden.

Mit dieser Anregung stützt sich die Gruppe auf ein vergleichbares Herangehen des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport. Dieses hat erstmalig am 16.10.2014 alle Standorte von polizeilichen Videoüberwachungsanlagen in Niedersachsen sowie ergänzende Informationen als Videoanlagenkataster im Internet veröffentlicht. Mit wenigen Mausklicks können sich die BürgerInnen in Niedersachsen u. a. darüber informieren

- wo die sechs niedersächsischen Polizeidirektionen Videoüberwachungsanlagen betreiben,
- zu welchem Zweck sie dies tun,
- welche technischen Möglichkeiten die Kameras bieten und
- wie lange und zu welchen Zwecken die Kameradaten gespeichert werden.
- Zudem werden die Standorte der Kameras mit Fotos dokumentiert.

Beispielhaft verweist die Gruppe auf die Veröffentlichung der Polizeidirektion Hannover; siehe <http://www.pd-h.polizei-nds.de/aktuelles/videoueberwachung/-1427.html>.

Walter Schmidt, einer der Sprecher der Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** erklärte aus Anlass des Schreibens an Minister Beuth: „*Es steht zu vermuten, dass wir über die Notwendigkeit und das Ausmaß von Videoüberwachung sowie über Alternativen dazu im Dissens*

*zu den Positionen von Minister Beuth stehen. Unbeschadet der grundsätzlichen Auseinandersetzung, wo und in welchem Umfang Videoüberwachung im Rahmen der Gefahrenabwehr sinnvoll und notwendig ist, wäre aber aus unserer Sicht die Erstellung und Veröffentlichung eines Videoanlagenkatasters ein Beitrag dazu, dass die hessischen BürgerInnen sich informieren können und das Verwaltungshandeln transparenter gestaltet wird.“*

Die Anregung zur Erstellung eines Katasters der Überwachungskameras der hessischen Polizei hat die Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** auch an die Fraktionen im hessischen Landtag und an den Hessischen Datenschutzbeauftragten gesandt, verbunden mit der Bitte, die Anregung zu unterstützen.

**dieDatenschützer Rhein Main** (<http://ddrm.de/>) sind eine Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (<http://vorratsdatenspeicherung.de/>), Partner der Aktion Stoppt die e-Card! (<http://www.stoppt-die-e-card.de/>), Unterstützer des Bündnis „Demokratie statt Überwachung“ (<https://www.demokratie-statt-ueberwachung.de/>) und des „Bündnis Frankfurt gegen TTIP, CETA und TISA“ (<https://ttipstoppenffm.wordpress.com/>).

Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte der Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** sind ein Unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro, die Vorratsdatenspeicherung, die Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von politischer Aktivitäten (Demonstrationen und Kundgebungen), die Elektronische Gesundheitskarte sowie weitere Datenschutzthemen.

**Ansprechpartner:**  
**Uli Breuer**, Tel.: 01796909360 - **Roland Schäfer**, Tel.: 01726820308 - **Walter Schmidt**, Tel.: 015221512453  
[kontakt@ddrm.de](mailto:kontakt@ddrm.de)

Auf Twitter: DatenschutzRheinMain <https://twitter.com/Dat3nschutz>  
v. i. S. d. P.: W. Schmidt, Frankfurt/Main